

Ein Brief

des

Herzoges zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg

vom 2. April 1845, betreffend

die Schleswig-Holsteinische Frage.

(Abdruck aus der Augsburger Allgemeinen Zeitung No. 63 und 64 vom 4. und 5. März dieses Jahres.)

„Ein gerechter Fürst, welcher eine Krone ablehnt“ — sagt das Vorwort — „wird eben von denen, welche ihm die Krone wünschten, jetzt verleumdet als Unruhstifter, als Parteihaupt, als Aufrührer. Diese Verleumdungen aus Depit haben Eingang gefunden in höhern Regionen, weil diplomatische Personen gemäß ihrer Instruction sprechen müssen.“

Endlich ist es Zeit, daß ein Zeugniß für die Wahrheit abgelegt wird. Die Richtigkeit des nachfolgenden Documents ist von selbst einleuchtend; bedurfte es äußerer Bürgschaft, so liegt diese in der Person des Einsenders, welche der Redaction bekannt ist. Nur wenige Worte zur Einleitung.

Als in Dänemark die Hoffnung männliche Thronerben zu erlangen immer mehr schwand, sahen die eifrigen dänischen Patrioten mit Schrecken immer deutlicher den Zeitpunkt nahen, da nach grundgesetzmäßiger Bestimmung die Herzogthümer Schleswig und Holstein sich trennen würden von dem Königreich Dänemark. In diesem Reiche gilt die weibliche Thronfolge gemäß der lex regia; in den Herzogthümern so gewiß wie in allen deutschen Ländern geht der Mannsstamm vor. Wenn bald vier Augen sich schließen, die des jetzt regierenden Königs und seines nächsten Nachfolgers, des Prinzen Ferdinand, so werden die Herzogthümer geschieden von Dänemark, völlig so gesetzmäßig wie Hannover geschieden worden von England durch die Thronbesteigung des Königs Ernst August. Der Plan, die dänische Thronfolge zu ändern, damit das, was die Dänen die dänische Monarchie nennen, zusammenbleibe, lag in der Theorie sehr nahe und wäre viel leichter durchzuführen gewesen als der umgekehrte, nämlich das dänische weibliche Erbfolgegesetz auf die deutschen Herzogthümer zu erstrecken. Dieses letztere wollte bekanntlich der verstorbene König Christian VIII., wahrscheinlich aus Liebe zu seinem Schwestersohn, dem Prinzen Friedrich von Hessen. Zu diesem Ende erließ er im Jahre 1846 den bekannten offenen Brief. Um diesen anzubahnen wurde schon im Jahre 1844 die damals Aufsehen erweckende Usfing'sche Proposition in der Roeskilder Ständeverammlung gestellt, die dahin lautet: „Der König von Dänemark möge auf eine friedliche Weise zur Kenntniß seiner Unterthanen bringen, daß das Königreich Dänemark mit den Herzogthümern Schleswig, Holstein und Lauenburg ein untheilbares Reich ausmache, welches nach den Bestimmungen der Erbfolge des dänischen Königsgesetzes vererbe.“ Man wird sich

des Sturms erinnern, den diese Proposition in den Herzogthümern und Deutschland hervorrief und zu welchem Protest von Seiten der holsteinischen Stände er die Veranlassung gab. Ungeachtet die dänischen Stände auf die Usfing'schen Propositionen eingingen, so gab es damals doch sehr viele aufgeklärte und einsichtsvolle Dänen, die mit jener Proposition nicht einverstanden waren, weil sie die Unmöglichkeit erkannten dieselbe durchzuführen. Zu dieser gehörte auch ein Theil der Parthei, deren Organ das „Fädreland“ war. Dies Blatt eiferte heftig gegen die Usfing'sche Proposition und wollte diese Sache auf eine andere Weise abgemacht haben, zu welchem Ende es vorschlug sich erst mit den Holsteinern darüber zu vereinigen, welche Linie des schleswig-holsteinischen Hauses die zunächst erberechtigte sei, und alsdann in Dänemark eine Versammlung von dänischen Abgeordneten zu berufen, um die dänische Thronfolgeordnung zu verändern. Zugleich gab das „Fädreland“ deutlich zu verstehen, daß man die Absicht habe denjenigen zum Thronfolger in Dänemark zu wählen, den die Holsteiner für den zunächst Erbberechtigten erklären würden. Es ist wohl kaum zu bezweifeln, daß jene Aeußerungen auf den Herzog von Augustenburg zielten, den damals noch sehr viele Dänen als Thronfolger wünschten. Die Hofcamarilla, die in Kopenhagen allzeit viel Einfluß geübt hat, wie die sogenannten Nationalisten, waren aber fortwährend gegen den Herzog; die erstere weil sie einen entschiedenen Charakter fürchtete und wußte, daß der König seinen Schwestersohn, den Prinzen von Hessen, zum Erben des Throns haben wollte, die letztere weil sie den Herzog für zu deutsch gesinnt hielten und fürchteten, daß er nicht auf ihre Danisirungsprojecte in Betreff Schleswigs eingehen würde. Diese beiden Parteien vereinigten sich damals, die öffentliche Meinung in Dänemark gegen den Herzog aufzustacheln, und kein Mittel ist unversucht geblieben, um in der Presse wie auf jede andere Weise das dänische Publicum gegen den Herzog zu bearbeiten. Dennoch gab es in jener Zeit und noch später viele Dänen, welche diese Ansicht nicht hatten, vielmehr die dänische Thronfolge zu Gunsten der augustenburgischen Dynastie verändert zu sehen wünschten, und die persönlich auf den Herzog dahin zu wirken suchten, daß er sich den Dänen nähern und sie für sich gewinnen möge. Auf diese Weise, meinten sie, ließe es sich erreichen, daß mit der Zeit das dänische Volk die dänische Thronfolge auf das augustenburgische Haus übertrüge. Gerade zu

jener Zeit erhielt der Herzog von einem Bekannten in Dänemark einen Brief, in welchem die so eben erwähnte Ansicht mit Beziehung auf die Usfing'sche Proposition ausgesprochen wurde. Der Herzog beantwortete diesen Brief in einem ausführlichen Schreiben, von welchem einige Zeit später eine Abschrift dem Einsender dieses zu Gesicht kam und bei demselben sofort den Wunsch veranlaßte, dasselbe der Öffentlichkeit übergeben zu können. Indessen stellten sich der Ausführung dieses Wunsches damals Hindernisse in den Weg, die gegenwärtig beseitigt sind.

Der Herzog Christian August von Schleswig-Holstein-Augustenburg ist ein fester und fertiger Charakter, dessen Hauptgrundsatz ist: *suum cuique*. Ohne Zögern und unumwunden erklärte der Herzog: daß er sich nicht verführen lassen werde, die Rechte des legitimen Thronfolgers in Dänemark (also auch des Prinzen von Hessen, Schwiegersohn des Kaisers Nikolaus) zu verletzen, aber auch eben so wenig jemals sein und seines Hauses Recht aufzugeben. Hätte der Herzog mit einem Auge hingeseht nach der dänischen Krone, hätte er, statt vollständig Nein so sagen, halbe Hoffnung gegeben, hätte er den Dänen, den dänischen Verführern ein halbes Schmeichelwort gesagt, kurz, hätte er diplomatisirt oder falsch gespielt, so würde derselbe Herzog, welchen die meisten Dänen jetzt als ihren vermeinten Feind mit Unrecht verfolgen, von ihnen gelobt gefeiert, und als künftiger Retter der dänischen Monarchie gepriesen werden.

Das Schreiben des dänischen Briefstellers war dänisch, wie auch die Antwort. Diese erfolgt hier in deutscher Uebersetzung:

„Schon früher wüßte ich Ihren Brief vom 20sten December v. J. (1844) beantwortet haben, wenn es nicht meine Absicht gewesen wäre, auf eine möglichst genügende Weise auf die Gegenstände, welche jener Brief behandelt, einzugehen; da es mir aber hierzu bisher an Zeit gefehlt hat, so ist dies die Ursache, weshalb Sie erst so spät meine Antwort erhalten.“

„Zuerst und vor allen Dingen danke ich Ihnen für Ihren Brief und für die offene und freimüthige Weise, in welcher Sie sich in demselben aussprechen. Ich erkenne hierin Ihre alte Freundschaft gegen mich und ich werde diese alle Zeit zu schätzen wissen. Dieselbe Freimüthigkeit, die Sie gegen mich bewiesen haben, werde ich auch gegen Sie zeigen, und ich hoffe, daß Sie hierin nur einen Beweis meiner Freundschaft und meines Zutrauens zu einem alten Jugendfreund finden werden. Also zur Sache!“

„Um nicht mißverstanden zu werden, muß ich einige Bemerkungen vorausschicken. Sie sagen: „Wenn unser Kronprinz ohne Erben stirbt, so wird der dänische Staat ganz und ungetheilt einem andern Fürstenhause als Erbe zufallen. Aber da wird ohne Zweifel das Moment den Ausschlag geben können, daß die Augustenburger „dänische Fürsten“ sind, die Hessen dagegen nicht, im Fall nämlich die Augustenburger beiblieben dänische Fürsten zu sein. Aber zu einem solchen Beiblieben gehören zwei Dinge: für's erste müssen die jungen Prinzen dazu erzogen werden, daß sie Prinzen im dänischen Staate seien; und für's andere müssen die nächsten Freunde und Rathgeber der augustenburg'schen Erben sich nicht von Phantomen bethören lassen.““

„Um meine Meinung über diese Aeußerungen aussprechen zu können, sehe ich mich genöthigt zur Geschichte meine Zuflucht zu nehmen. Seit 1448 sitzt der oldenburgische Stamm auf dem dänischen Thron. Bis 1660 war Dänemark ein Wahlreich, und keiner der oldenburgischen Könige, die bis zu dieser Zeit in Dänemark regierten, besaß Erbrechte auf den dänischen Thron, folglich gilt dies gleichermaßen von den Kindern und Nachkommen derselben. Dagegen besaß das ganze von Christian I. abstammende oldenburgische Haus Erbrechte auf Schleswig und Holstein, und das war gerade die Ursache, weshalb die dänischen Stände von 1448 bis 1660 immer einen aus dem oldenburger Stamm zum König machten, um auf diese Weise fortdauernd die Verbindung zwischen dem Königreich und den Herzogthümern aufrecht zu erhalten. Im Jahre 1660 verzichteten die dänischen Stände auf ihr Wahlrecht, räumten Friedrich III. ein Erbrecht auf den dänischen Thron für seine männlichen und weiblichen Descendenten ein und übertrugen ihm das Recht die Staatsverfassung zu bestimmen, welche das Königreich für die Zukunft haben sollte. Bekannt ist es, auf welche Weise dieser König das ihm vom Volke bewiesene Zutrauen dazu mißbrauchte, das Königsgesetz abfassen zu lassen. Bekannt ist der Inhalt dieses Gesetzes und die in demselben festgesetzte Erbfolge, und bekannt ist es, daß dieses Gesetz noch besteht als Dänemarks Grundgesetz. In Gemäßheit der Bestimmungen dieses Gesetzes sind nur diejenigen Mitglieder des oldenburgischen Stammes, welche von Friedrich III. abstammen, „Prinzen von Geblüt“ oder „dänische Fürsten“, und nur diese können Ansprüche auf die Herrschaft machen, welche das Königsgesetz denselben zusichert. Wie nun ich und meine Söhne, die wir väterlicherseits durchaus keine Erbansprüche auf den dänischen Thron haben, „dänische Fürsten“ genannt werden können, sehe ich nicht ein und begreife ich nicht. Ein „dänischer Fürst“ kann nur der sein, der qua Fürst solche Herrschaft in Dänemark besitzt, in deren Besitz kein anderer ist, und da dies mit mir und meinen Söhnen nicht der Fall ist, so können sie und ich auf diesen Titel nicht mehr Anspruch machen als der Prinz von Hessen, der eben sowohl wie ich eine dänische Prinzessin zur Mutter hat. Erst in dem Augenblick, in welchem mir oder einem meiner Söhne die Erbsuccession in die Regierung zugefallen, erst dann bin ich oder ist er nach den Bestimmungen des dänischen Grundgesetzes ein „dänischer Fürst.“ Was meine Söhne aber jetzt nicht sind, können sie auch nicht „beiblieben“ zu sein, und da das dänische Volk im Jahre 1660 selbst bestimmt und festgesetzt hat, welche Glieder des oldenburgischen Hauses das Recht haben sollen, „dänische Fürsten“ zu sein, so ist es weder meine noch meiner Söhne Schuld, daß wir nicht „dänische Fürsten“ sind. So lange als das Königsgesetz Dänemarks Grundgesetz bleibt, so lange muß auch die in demselben vorgeschriebene Erbfolge ihre Gültigkeit behalten, und nach dieser ist vermuthlich der Prinz von Hessen nach dem Tode des Kronprinzen einer der nächsten Erben. Wie Sie nun meinen können, daß das wichtigste, heiligste und einzige Recht meiner Söhne darin bestehe, daß sie „dänische Prinzen“ seien zunächst nach den unmittelbaren königlichen Prinzen, begreife ich nicht, es wäre denn, daß die hessische Familie auf den

dänischen Thron verzichte, oder daß das Königsgeſetz und die in demſelben feſtgeſetzte Erbfolge verändert oder abgeſchafft werde. Sollte dies geſchehen und ſollte ich oder ſollten meine Söhne dann die nächſten Erben des dänischen Thrones werden, ſo würde daraus für mich und für ſie ſowohl das Recht als auch die Verpflchtung folgen, „dänische Prinzen“ zu ſein, aber ſo lange das nicht geſchieht, können wir keinen Anſpruch auf ein ſolches Recht machen. Dieſelbe Stellung, welche unfere Vorfahren hier im Lande einnahmen, und dieſelben Rechte, die ſie als „Fürſten“ beſaßen, nehme ich ein und beſiße ich noch. Dieſe Stellung und dieſe Rechte ſind dadurch nicht verändert worden, daß die dänischen Stände im Jahre 1660 ihr Wahlrecht aufgaben und das Erbrecht auf Dänemarks Thron an Friedrich III. und ſeine Nachkommen übertrugen. Dieſe ſind auch nicht aufgehoben durch die Streitigkeiten zwiſchen Friedrich IV. und dem Herzoge von Gottorp, da dieſe Streitigkeiten meine Familie durchaus nicht angingen, und eben ſo wenig ſind ſie dadurch zu Grunde gegangen, daß das Deutſche Reich aufgelöst wurde, da kein dritter das Recht hat, über Gerechtfame zu diſponiren, welche einem andern zuſtehen, welches damals auch nicht geſchehen iſt. Dieſe Gerechtfame, welche meine Vorfahren beſaßen und welche ich von ihnen ererbt, ſind von doppelter Art. Das oldenburgiſche Haus iſt ein altes deutſches Fürſtenhaus, und als Mitglied dieſes Hauſes beſiße ich alle die Gerechtfame, die Mitgliedern deutſcher Fürſtenhäuser zukommen, und als Decendent von Chriſtian I. beſiße ich in Hinſicht auf die Herzogthümer Schleiſwig und Holſtein die Erbrechte, welche die ſchleiſwig-holſteinischen Stände bei Chriſtians I. Wahl zum Herzog von Schleiſwig und Grafen von Holſtein ihm und ſeinen Nachkommen einräumten. Dieſe Rechte ſind in Hinſicht auf die Herzogthümer eben ſo gültig, wie die Rechte, welche Friedrich III. im Jahre 1660 für ſich und ſeine Nachkommen auf das Königreich erhielt, da ſie denſelben Urfprung haben. Es waren nämlich hier wie dort die Repräſentanten des Volkes, welche ſie im Namen des Volkes den Fürſten übertrugen. In den Herzogthümern geſchah dieſes zum Vortheil für Chriſtians I. männliche Decendenten, in Dänemark geſchah es zum Vortheil für Friedrichs III. männliche und weibliche Decendenten. (Hierin ſteckt der Knoten, und dieſes iſt jetzt mehr oder weniger die eigentliche Quelle zu allen unſern jetzigen politiſchen und nationalen Streitigkeiten.)

„Ich habe dieſe Bemerkungen vorausſchicken zu müſſen geglaubt, um, wie geſagt, nicht mißverſtanden zu werden, und damit Sie beurtheilen können, wie ich nach meinen Begriffen von Recht und Unrecht die ganze Angelegenheit anzusehen genöthigt bin. Ich gehe nun zur Beurtheilung des eigentlichen Inhalts Ihres Briefes über.

„Soweit ich Ihre Meinung verſtehe, iſt dieſelbe ungefähr in folgenden wenigen Worten enthalten: Ich ſoll mich an die dänische Partei anſchließen, mich dahin erklären, ich ſei dänisch, ſoll meinen Söhnen, was Sie eine dänische Erziehung nennen, geben laſſen, damit in dem Fall, daß der dänische Königsſtamm ausſtürbe, das dänische Volk vielleicht veranlaßt werden könnte, einen von meinen Söhnen zum König von Dänemark zu erwählen.

„Dieſe Meinung beruht auf der Vorausſetzung, daß die

europäiſchen Mächte nicht in eine Theilung der jetzigen dänischen Monarchie einwilligen würden, und daß im Innern der Monarchie verſchiedene Parteien ſind, welche im Lande ſelbſt in Streit gerathen können, von welchen aber doch die eigentlich dänische Partei die Oberhand gewinnen werde.

„Die vier von Ihnen genannten Parteien ſind: 1) die dänische Partei oder das dänische Volk; 2) die ſkandinaviſche Partei, deren Organ „Fädrelandet“ iſt; 3) die neu-holſteinische Partei, die im Kieler Correſpondenzblatt repräſentirt wird; 4) die ſchleiſwig-holſteinische Partei, die Sie die „aufrehrerische Advocatenpartei“ zu nennen für gut finden.

„Für's erſte erlaube ich mir nur vorläufig zu bemerken, daß Sie in Hinſicht auf die zwei zuletzt genannten Parteien eine ganz falſche Vorſtellung von den Verhältniſſen in den Herzogthümern haben müſſen, wenn Sie annehmen, daß hier irgend eine ſogenannte neu-holſteinische und ſchleiſwig-holſteinische Partei exiſtire. Die neu-holſteinische Partei war nur eine ſehr kleine, die ſich mehrere Jahre vergeblich bemühte, durch das Kieler Correſpondenzblatt ihren politiſchen Anſchauungen Eingang beim Volke zu verſchaffen. Da dieſes inzwiſchen nicht glückte, ſo benutzte ſie die erſte Gelegenheit, die ſich ihr darbot, ihre iſolirte politiſche Stellung zu verlaſſen und ſich mit den Schleiſwig-Holſteinern zu verbinden, was Sie unter andern daraus ſehen werden, daß Olshauſen, der Redacteur des Kieler Correſpondenzblattes, die Kieler Adreſſe an die holſteinische Ständeverſammlung unterſchrieb, ſo wie auch aus der Rede, welche Advocat Clauffen, gleichfalls ein Wortführer dieſer Partei, in Iſehoe, in Anleitung des Uſſing'schen Antrags hielt. Die neu-holſteinische Partei hat aufgehört zu exiſtiren, da ſie ſich ganz mit der ſogenannten ſchleiſwig-holſteinischen Partei vereinigt hat.

„Was nun dieſe letzte Partei betrifft, ſo verräth es gleichfalls eine vollkommene Unkenntniß der hieſigen Verhältniſſe, wenn man die Schleiſwig-Holſteiner eine Partei nennt, da dieſe ſogenannte Partei ſämmtliche Einwohner beider Herzogthümer bis auf einen verhältnißmäßig unbedeutenden Theil einſchließt. Geſetzt in Norwegen befände ſich ein Theil Leute, welche Norwegen mit Schweden zu einem Staat unter der ſchwediſchen Verfaſſung zu vereinigen wünſchten, der übrige große Theil aber des norwegiſchen Volkes wäre gegen dieſe Vereinigung und wollte Norwegens Selbſtändigkeit aufrecht erhalten, würde man dann dieſen letzten Theil des Volkes im Gegenſatz gegen jenen unbedeutenden Theil eine norwegiſche „Partei“ nennen können? Es iſt wahrlich unbegreiflich, wie man in Dänemark in Bezug auf unſere Verhältniſſe ſo unwiſſend ſein, und wie man ſich von Illuſionen ſo bethören laſſen kann, daß man glaubt, das Volk in den Herzogthümern laſſe ſich von einigen Advocaten leiten, es würde ſonſt bereitwillig ſein die Selbſtändigkeit ſeines Vaterlandes aufzugeben, und wünſche eine Vereinigung mit Dänemark unter dem Königsgeſetz und der in demſelben vorgeschriebenen weiblichen Erbfolge, gegen welche das Volk in den Herzogthümern einen angeborenen Widerwillen hat. Die Schleiſwig-Holſteiner haben einen eben ſo rechtsgültigen Anſpruch darauf, daß die Selbſtändigkeit der Herzogthümer aufrecht erhalten werde, wie die Norweger darauf haben, daß Norwegens

Selbstständigkeit aufrecht erhalten werde. Wie würde man nicht in Dänemark schreien, wenn es dem schwedischen Reichstage ein-
fiele darauf anzutragen, daß Norwegen seine Selbstständigkeit ver-
lieren und mit Schweden einen Staat ausmachen, oder daß gegen
den Willen des norwegischen Volkes die männliche Erbfolge auf-
gehoben werden solle, weil dieses vielleicht in Schweden geschehen
wäre? Von den 800,000 Einwohnern in den Herzogthümern
gehören wenigstens 700,000 zu dieser sogenannten schleswig-hol-
steinischen Partei.

„Ich habe es für nöthig erachtet, diese Bemerkungen voraus-
zuschicken, um Ihnen zu zeigen, daß die Prämissen, von denen
Sie ausgehen, unrichtig sind, woraus folgt, daß Ihre Conclusion
es auch sein muß.

„Nehmen wir nun an, daß der Kronprinz ohne männliche Er-
ben stirbt, was wird dann geschehen? Das ist die Frage, auf
die es hier ankommt und welche nur beantwortet werden kann,
wenn man die Sache von allen Seiten erwägt. Sie äußern in
dieser Beziehung: „Wer wird aber am ehesten etwas erlangen?
Und wer am meisten? Das wird in allen vier Fällen der, wel-
cher sich zu der rechtmäßigsten, mächtigsten und natürlichsten Par-
tei hält, nämlich zu der dänischen Partei oder dem dänischen
Staat. Dieser Partei wird nach des Kronprinzen Tode für den
Augenblick ein Anführer fehlen, sie wird aber in Wahrheit hierzu
eher einen dänischen Prinzen aus dem oldenburgischen Hause wäh-
len, als einen Nachkommen von jenem hessischen Soldaten.“

„Hierzu erlaube ich mir folgende Bemerkungen zu machen: nach
meiner Ansicht von der Sache kann hier durchaus nicht davon die
Rede sein, ob man in solch einem Fall überhaupt etwas erlangt,
oder wie viel oder wie wenig man erlangt, sondern die Frage kann
nur sein: was ist Recht und was ist Unrecht? Recht ist, daß
der Sohn „jenes hessischen Soldaten“ nach den Bestimmungen
des Königsgesetzes den dänischen Thron besteigt, sobald der jetzige
Königstamm ausstirbt, und Unrecht würde es sein, wenn irgend
ein anderer darnach trachtete, sich auf den ihm nicht zukommenden
Thron zu setzen. Wenn das Königsgesetz und die in demselben
vorgeschriebene Erbfolge zu der Zeit in Dänemark noch besteht, so
muß jede dänische Partei, welche die Forderung stellt, die „recht-
mäßige“ genannt zu werden, den Sohn „jenes hessischen Solda-
ten“ für ihren rechtmäßigen König ansehen, wogegen sie sich durch
die Wahl eines andern Prinzen zum König von Dänemark einer
gegen das Grundgesetz streitenden und darum unrechtmäßigen und
revolutionären Handlung schuldig machen würde. Eine Partei, die
selbst zugestehet, daß es ihr in dem entscheidenden Augenblick an
einem Anführer fehle, und die erst durch Hülfe einer Revolution
sich im Stande sieht, sich einen solchen zu verschaffen, kann man
weder eine „rechtmäßige“ noch „mächtige“ nennen, da jede Revo-
lution ein Beweis ist von der Ohnmacht der Partei, von deren
Seite die Revolution ausgeht. Fühlt eine politische Partei sich
stark genug, ihren Willen auf gesetzlichem Wege durchzuführen, so
wird sie sich wahrlich davor hüten die bestehende Ordnung umzu-
stoßen, weil sie dadurch Gefahr läuft ihren Einfluß und ihre Macht
zu schwächen oder zu verlieren. Sollte die dänische Partei sich bei

dem Tode des Kronprinzen genöthigt sehen, sich durch Hülfe einer
Umwälzung einen Führer zu verschaffen, so würde das der beste
Beweis ihrer Ohnmacht sein, denn dies würde zeigen, daß die
Partei sich unter der Anführung eines solchen Königs, der nach
Dänemarks Grundgesetz berufen war den dänischen Thron zu be-
steigen, zu schwach fühlte, ihre Pläne gegen die Herzogthümer aus-
zuführen. Im Vorbeigehen gesagt, beweist dies die unendliche
Kürzsichtigkeit, um nicht zu sagen Einfalt, welche der Politik zu
Grunde liegt, der die Roeskildesche Ständeverammlung gefolgt ist,
und welche darin besteht, daß jene Versammlung geglaubt hat, die
Verbindung der Herzogthümer mit Dänemark durch Hülfe eines
Erbfolgegesetzes aufrecht erhalten zu können, welches eine Dynastie
auf den dänischen Thron bringt, um welche das dänische Volk
nichts giebt, und welche im Laufe der Zeit vom Throne stoßen zu
können manche Dänen, wie aus Ihrem Briefe hervorleuchtet, die
Hoffnung hegen. Doch hierüber später ein mehreres.

„Was nun die skandinavische Partei betrifft, so ist es mißlich,
voraussehen, was sie zu der Zeit thun wird; nur so viel ist
gewiß, daß beide dänische Parteien in Hinsicht auf Dänemarks
politische Zukunft und in Hinsicht seines Verhältnisses zu den Her-
zogthümern sehr uneinig sind. Die erste oder die dänische Partei
will Dänemarks Grenze an der Elbe aufrichten, die letztere an der
Eider. Die erstere will beide Herzogthümer erobern, die letztere
will sich mit Schleswig begnügen lassen. Die skandinavische Par-
tei will eine Vereinigung mit Norwegen und Schweden, die andere
Partei will eine Vereinigung mit beiden Herzogthümern. Nun
frage ich Sie, ob Sie glauben, daß unter diesen Umständen eine
neue Dynastie, mit einem Prinzen von Hessen, unter den Auspicien
des Königsgesetzes, wird den Thron besteigen können, auf dem der
oldenburgische Stamm seit 400 Jahren gesessen hat? Ob Sie
glauben, daß die Dänen zu der Zeit gewillt sein werden, sich nach
den absolutistischen Bestimmungen des Königsgesetzes von einem
fremden Fürsten regieren zu lassen, der seiner Geburt nach bestimmt
ist, Kurfürst von Hessen zu werden? Zu welcher Uneinigkeit und
Verwirrung in Dänemark wird dies alles nicht Anlaß geben, und
wie schwankend wird dies alles nicht den Thron machen, den die
neue Dynastie einzunehmen hat?

„Wenden wir nun den Blick nach den Herzogthümern. Hier
werden in dem Augenblick, da der Kronprinz stirbt, 700,000
Schleswig-Holsteiner in dicht geschlossenen Schaaren bereit stehen,
ihre Rechte zu vertheidigen, ihres Landes Selbstständigkeit und
ihres Fürstenhauses Erbrechte. Dieses Fürstenhaus ist nicht, wie
das hessische in Dänemark, eine fremde Dynastie, sondern es ist
dieselbe Dynastie, welche seit 400 Jahren in den Herzogthümern ge-
herrscht hat, welche des Volkes Sympathie theilt, welche seine Be-
dürfnisse kennt und welche vom Volke gekannt ist. Hier wird
nicht, wie in Dänemark Zwiespalt und Uneinigkeit herrschen, da
jedermann weiß was er will, und worauf er mit Recht Anspruch
machen kann und hier wird es auch an einem Führer nicht fehlen.
Dies werden ungefähr die Verhältnisse auf beiden Seiten sein.
Erwägen Sie nun diese, ohne Ihren sonst so klaren Blick von
nationalen oder eingewurzelten Vorurtheilen blenden zu lassen. Sa-

gen Sie sich nun selbst, welche Partei wird aller Wahrscheinlichkeit nach die mächtigere sein, sobald der Streit im offenen Kampfe ausgemacht werden soll? Der Sieg wird da sein, wo Recht, Einigkeit, Zutrauen und Ordnung sind.

„Was nun die äußern politischen Verhältnisse betrifft, die Sie anführen, und die zu der Zeit auf die Abmachung der Frage Einfluß haben könnten, so bemerke ich nur, daß Holstein zum deutschen Bund gehört und daß es als Bundesstaat unter den Gesetzen des Bundes steht. Diesen gemäß werden alle Erbstreitigkeiten durch eine Austragal-Instanz abgemacht, und folglich kann das auch hier der Fall werden, insofern der Streit zwischen erbberechtigten Fürsten geführt wird, zu deren Zahl inzwischen das hessische Haus nicht gehört. Einleuchtend ist es außerdem, daß die deutschen Fürsten nie werden darein einwilligen können, daß ein altes deutsches Fürstenhaus der Erbrechte auf den Thron seiner Vorfahren beraubt würde, und daß sie noch weniger dem König von Dänemark in Verbindung mit einer dänischen Ständeversammlung das Recht einräumen werden, einen Prinzen von Hessen zum Herzog von Holstein zu machen. Hierzu kommt noch, daß es in politischer und mercantilscher Hinsicht in Deutschlands Interesse sein wird, daß Holstein aus aller Verbindung mit Dänemark herauskomme und daß es unter einem selbstständigen Fürsten ausschließlich zum deutschen Bunde gehöre. Was Holstein also angeht, so wird die dänische Partei von dieser Seite keine Unterstützung bekommen und die Frage wird sich zunächst um Schleswig drehen. Hier wird es denn vornehmlich darauf ankommen, was das Volk selbst will, und wer da glaubt, daß dieses sich von Holstein trennen lassen will, um unter das dänische Königsgesetz und die hessische Dynastie zu kommen, der greift wahrlich sehr fehl. Wenn Sie meinen, daß die Fürsten einen „Willen“ und einen „Arm“ hätten, der in der Weltgeschichte seinen vollen Respect genieße, so ist dies nicht minder der Fall mit den Schleswig-Holsteinern, deren „Willen“ und „Arm“ die Dänen zu Erik Menweeds und Erik von Pommerns Zeiten bei mehreren Gelegenheiten erfahren haben.

„Es bleibt mir nur noch übrig meine Ansicht von der Sache auszusprechen, insofern diese mein persönliches Verhältniß angeht, und das soll mit derselben Rückhaltlosigkeit geschehen, mit welcher das Vorhergehende gesagt ist.

„Weder habe ich Lust noch einen sonstigen Beweggrund um einen Thron zu buhlen, der mir nicht auf eine rechtmäßige Weise zukommt. Nach meinen Lebensanschauungen gehören die gekrönten Häupter zu den unglücklichsten Menschen auf Erden, und ich werde wahrlich nie meine Hand nach einer Krone ausstrecken, die mir nicht auf eine rechtmäßige Weise zukommt. Aber eben so gewiß wie dies mein Entschluß ist, eben so fest bin ich in dem Entschluß, nie mein Recht auf eine Krone aufzugeben, welche nach meiner Ueberzeugung allein mir und meiner Familie zukommt. Und sollte die Zeit kommen, daß der oldenburgische Stamm auf dem dänischen Thron ausstürbe, so soll mich nichts davon abhalten mein Recht auf beide Herzogthümer geltend zu machen, und kein Bürgermeister von Kopenhagen, keine Roeskild'sche Ständeversammlung, keine königliche Declaration, kein Prinz von Hessen wird

mich abhalten können das zu thun, was nach meiner Ueberzeugung Recht, Pflicht und Ehre von mir fordern.

„Ich weiß sehr wohl, daß Sie, wenn Sie dies lesen, die Achseln zucken und daß Sie vielleicht antworten werden: „das sind Illusionen. Der Staat Schleswig-Holstein besteht nicht mehr, der ist gänzlich aufgelöst, die Herzogthümer gehören zu dem europäischen Staat Dänemark, der ein zusammengesetzter Staat ist wie Preußen, Oesterreich, Baiern &c., die großen Mächte werden nicht zulassen, daß dieser Staat getheilt werde.“

„Hierzu bemerke ich: hat der Staat Schleswig-Holstein bestanden, so besteht derselbe auch noch, da er durch kein landesherrliches Decret noch durch irgend einen rechtsgültigen Act auf irgend eine Weise aufgelöst worden ist. Stillschweigend kann kein Staat aufgelöst werden. Dänemark und die Herzogthümer sind eben so wenig ein zusammengesetzter Staat, wie Norwegen und Schweden es sind, oder wie England und Hannover es waren, so lange das hannoverische Haus auf dem englischen Throne saß. Aus welchem Grunde sollten die Großmächte darein einwilligen, daß das oldenburgische Haus, welches 400 Jahre in den Herzogthümern regiert hat, seiner Erbrechte auf seine Erblande beraubt würde, damit ein fremdes Fürstenhaus, welches durchaus keine Erbrechte auf die Herzogthümer hat, hier zur Regierung käme? Weil der dänische Staat nicht aufgelöst werden soll, werden Sie mir antworten. Sollten nun die Großmächte ein Interesse dabei haben, daß die Herzogthümer in Verbindung mit Dänemark blieben, so liegt es doch eben so nahe, daß sie mehr Interesse dabei haben, daß derselbe Königsstamm, der 400 Jahre auf dem Throne gesessen, auch fortfahre, in Dänemark und den Herzogthümern zu regieren, als daß dieser verjagt werde, damit eine neue Dynastie auf den Thron kommen könne, welche durchaus kein Erbrecht auf die Herzogthümer besitzt, und daher die Bevölkerung der Herzogthümer gegen sich hat, und welche selbst in Dänemark Schwierigkeiten finden wird, sich auf dem Throne zu halten. Ist es da nicht denkbar, ja höchst wahrscheinlich, daß die Großmächte, die sich nicht von persönlichen Rücksichten leiten lassen, und die sich sehr wenig um die Verwandtschaft des Prinzen von Hessen mit unserm jetzigen König kümmern, sagen werden: wollt ihr Dänen in Verbindung mit den Herzogthümern bleiben, so ändert eure Erbfolge zum Vortheil der männlichen Mitglieder eures alten Königshauses, auf diese Weise könnt ihr ja in Verbindung mit den Herzogthümern bleiben, aber verlangt nicht von uns, daß wir eurentwegen einwilligen sollen, daß ein altes europäisches Fürstenhaus aus der Zahl der regierenden Fürstenhäuser ausgeschlossen werde, weil euer König seinem Schweftersohn ein Erbrecht zuwenden will, das ihm nicht zukommt. Die Herzogthümer sind kein Gut und ihre Einwohner kein Haufen Leibeigener, die man an den von seinen Angehörigen ver Testamentiren kann, von dem man am meisten hält!

„In dem Rathe der Großmächte sitzen wahrlich andere Staatsmänner als Dersled und Usfing, und da gilt es nicht durch seine Anträge und Aeußerungen Gunst zu gewinnen beim König von Dänemark oder bei einem Theil der dänischen Parteimänner. Entspricht es dem politischen Interesse der Großmächte, daß die jetzt

bestehende dänische Monarchie ungetheilt bleibe, so ist es einleuchtend, daß sie zur Erreichung dieses Zweckes nur solchen Maßregeln beitreten und nur solche unterstützen werden, welche aller Wahrscheinlichkeit nach zu einem sichern und glücklichen Resultat führen können. Nun frage ich Sie, ob Sie glauben, daß die von der Roeskild'schen Ständeverammlung vorgeschlagene Erbdeclaration irgend eine Art von Garantie in dieser Hinsicht giebt? Kann ein vernünftiger Staatsmann, der mit den Verhältnissen und mit den Volksstimmungen in Dänemark und in den Herzogthümern bekannt ist, der weiß worauf diese ausgehen, und der den Geist der Zeit kennt, glauben, daß alle die nationalen und politischen Streitigkeiten, die Dänemarks und der Herzogthümer Einwohner bewegen, durch einen königlichen Machtspruch, der die Erbfolge nach dem dänischen Königsgesetz den Herzogthümern aufzwänge, und diese gegen ihren Wunsch und Willen nöthigte, sich von einem hessischen Prinzen regieren zu lassen, beendet sein sollten? Kann ein vernünftiger Staatsmann glauben, daß das Volk in den Herzogthümern, wenn der Kronprinz stirbt, sich gutwillig und ohne Widerstand zu leisten in die Gewalt jener Hessen geben werde? Ist es nicht vielmehr zu vermuthen, daß es sich mit aller Kraft der Rechte seines einheimischen alten Fürstenstammes annehmen wird, um durch dessen Hülfe sich seine Selbstständigkeit und Unabhängigkeit zu sichern? Kann ein vernünftiger Staatsmann glauben, daß das dänische Königsgesetz das oldenburgische Haus auf dem dänischen Thron überleben wird, und daß das dänische Volk sich nach den Bestimmungen dieses Gesetzes von jenen Hessen regieren lassen wird? Und stürzt zu der Zeit das Königsgesetz, das sich selbst schon überlebt hat und das in Wirklichkeit nur noch auf dem Papier besteht, so ist es sehr wahrscheinlich, daß mit dem Königsgesetz selbst auch die in demselben vorgeschriebene Erbfolge vernichtet wird, und geschieht dies, worauf beruht dann des hessischen Prinzen Erbrecht, da er von väterlicher Seite nicht von dem alten Königsgeschlecht abstammt, das so viele Jahrhunderte auf Dänemarks Thron gesessen hat? Wenn die Zeit kommt und wenn dann die von der Roeskild'schen Ständeverammlung mit so großer Verachtung behandelten sogenannten „Prätendenten,“ unterstützt von der Bevölkerung beider Herzogthümer, möglicherweise auch von dem deutschen Bund und dem ganzen deutschen Volk, auftreten, um ihre und der Herzogthümer Rechte zu schützen, glauben Sie dann, daß die Roeskild'sche Erbdeclaration wirken wird wie ein Mirakel? Daß sie im Stande sein wird, die Verbindung der Herzogthümer aufrecht zu erhalten mit Dänemark unter den Bestimmungen eines Erbgesetzes, welches aller Wahrscheinlichkeit nach von dem dänischen Volke selbst vernichtet werden wird, und unter einer Dynastie, die in diesem Fall Schwierigkeiten finden wird, ihr Recht auf Dänemark selbst geltend zu machen? Berräth es nicht einen unbegreiflichen Mangel an Einsicht und Staatsklugheit, glauben zu können, daß unsere internationalen Verhältnisse sich durch dergleichen thörichte, ungerechte und unpopuläre Maßregeln ordnen lassen? Muß man nicht total blind sein, wenn man mit dergleichen Mitteln glaubt eine Staatseinheit zwischen Dänemark und den Herzogthümern unter dem Regiment der hes-

sischen Dynastie zuwege bringen zu können?! Kann der vernünftige Theil des dänischen Volks denn nicht begreifen, daß eine Intrigue im Interesse der hessischen Dynastie hinter der Usfing'schen Proposition steckt, nämlich die: den Hessen die Thronfolge in Dänemark und die absolute Regierungsform nach den Bestimmungen des Königsgesetzes zu sichern? Daß das hessische Haus in Dänemark auf schwachen Füßen steht, können dessen beste Freunde nicht läugnen. Daß der König früher darauf bedacht gewesen, die Hessen dazu zu bringen zu verzichten, wird von vielen behauptet; daß der Kronprinz die Hessen nicht sonderlich liebt, ist bekannt. Die Vermählung mit der russischen Prinzessin wurde durch den Tod der letztern aufgehoben. Konnte man nun eine Declaration erlangen, wie Usfing sie proponirte, und konnte man die Repräsentanten des dänischen Volkes verlocken, sich für dieselbe zu erklären, so glaubte man, es würde die Sache für die Hessen ganz anders zu stehen kommen, als sie nun steht, denn dadurch würde man wenigstens Eins gewonnen haben, nämlich daß die Dänen indirect genöthigt worden wären, am Königsgesetz festzuhalten und an der in demselben festgesetzten Erbfolge, wie denn auch die königliche Declaration sich auf beide Theile stützte. Sollte diese Declaration irgend eine Gültigkeit in Hinsicht auf die Herzogthümer haben, so könnte dies nur geschehen unter der Voraussetzung, daß sie von den Dänen in ihrem ganzen Umfange respectirt werde, und das gerade zu einer Zeit, da die Declaration in Hinsicht auf die Herzogthümer in Kraft treten sollte. Usfing's Proposition war eine Nachahmung dessen, was 1660 geschah. Damals benutzte man den Haß gegen den Adel, um die andern Stände dahin zu bringen, in die Vernichtung der Rechte des Volks einzuwilligen, die Alleinherrschaft dem König zu übertragen und die weibliche Erbfolge einzuführen. So wollte man auch jetzt die Furcht vor den Herzogthümern und die Mißstimmung gegen dieselben benutzen, um meine Familie aus dem Wege zu schaffen und zugleich um den Hessen einen Thron zu sichern, den sie unter andern Umständen nicht so leicht besteigen würden.

„Die leichtsinnige und oberflächliche Weise, mit der diese ganze Sache in Roeskilde behandelt worden ist, zeigt hinreichend den Mangel, den Dänemark an wahren Staatsmännern haben muß, und die Geschichte wird einst ein Urtheil über die Roeskild'sche Ständeverammlung aussprechen, welches wahrlich der dänischen Nation nicht zur Ehre gereichen wird. Nicht eine einzige von den Fragen, die ich im Vorhergehenden angeführt habe, und die gegen die vorgeschlagene Weise die Sache abzumachen sprechen, hat man in Roeskilde aufgeworfen; nicht einem einzigen Deputirten ist es eingefallen nur einige von den vielen Eventualitäten hervorzuheben, welche gegen die Weise sprechen, auf die man glaubte, die sogenannte Staatseinheit sichern zu können. Nicht ein einziger Deputirter hat daran gedacht, daß es andere und weit bessere und sicherere Mittel zur Erreichung desselben Zieles giebt. Selbst die Deputirten, welche die eifrigsten Feinde des Königsgesetzes sind, welche eine constitutionelle Verfassung wünschen, welche den Absolutismus verabscheuen, welche die hessische Familie hassen — selbst diese redeten und stimmten zu Gunsten des Königsgesetzes und der hessischen Dynastie!

„Mit welchem Namen soll man es belegen, wenn eine Versammlung von Männern, die dazu berufen ist, das Beste des Volks in Acht zu nehmen, seine Rechte zu schützen, das zu erwägen, was zum Wohl des Staates und zur Leitung des Königs dient, wenn diese Versammlung dem Könige rath, durch einen Machtspruch das durchzusetzen, was man auf dem Wege des Rechts und durch gesetzliche Mittel nicht glauben zu können, wenn in dieser Versammlung nicht eine einzige warnende Stimme sich gegen jenen Machtspruch hören läßt, wenn nicht einer in der Versammlung darauf aufmerksam macht, daß die Schuld an dem Streite zwischen dem Königreich und den Herzogthümern im Grunde auf der Seite des ersten liegt, weil man sich daselbst im Jahre 1660 überreden ließ, eine Erbfolge in Dänemark einzuführen, die in den Herzogthümern nicht gültig war, und womit man schon damals den Keim zu dem Streite legte, der sich nun erhoben hat! Wäre es nicht die Pflicht jener Versammlung gegen König, gegen Vaterland und gegen das Volk gewesen, diese Sache von allen Seiten zu erwägen, bevor sie ihre Meinung aussprach? Ist dies geschehen? Hat man sich Rechenschaft gegeben für die Verantwortung, die man gegen Gott und Menschen dadurch übernimmt, daß man dem Regenten rath, gegen die Hälfte seiner Monarchie und seiner Unterthanen etwas zu thun, was diese für Unrecht ansehen? Und warum ist von all diesem in der Roeskild'schen Ständeversammlung nichts geschehen? Weil dort in der ganzen großen Versammlung kein wahrer staatsmännischer Geist geherrscht hat, und weil die meisten Mitglieder sich von persönlichen Rücksichten haben leiten lassen. Mancher hat geglaubt, dies würde dem Könige angenehm sein; manchem hat der Gedanke geschmeichelt, auf solche Weise mit den verhaßten Schleswig-Holsteinern fertig werden zu können; mancher hat gemeint, es käme nur darauf an, Zwangsmittel gegen die Herzogthümer anzuwenden; mancher, dem ich ein Dorn im Auge bin, hat gehofft, mich dadurch für die Zukunft unschädlich zu machen; mancher hat sich dabei gar nichts gedacht, und der große Haufen ist stillschweigend den gewöhnlichen Führern gefolgt. Das wird so ungefähr die Geschichte der Verhandlungsweise jener Sache in Roeskilde sein, durch welche die Roeskild'sche Versammlung sich, in Hinsicht auf den dadurch bewiesenen Mangel an staatsmännischer Klugheit und an Gerechtigkeits- und Billigkeitsgefühl, vor ganz Europa prostituiert hat.

„Hier könnte ich meinen langen Brief schließen, wenn ich mich nicht veranlaßt fände, noch einige Bemerkungen hinzuzufügen in Hinsicht auf den von Ihnen gebrauchten Ausdruck: „die aufrührerische“ Schleswig-holsteinische Partei und „schleswig-holsteinischen Verschworenen.“ Wenn irgend ein anderer, der mir gleichgültig ist, sich in einem Briefe an mich dieser Ausdrücke bedient hätte, so würde ich es nicht der Mühe werth gefunden haben, von denselben die geringste Notiz zu nehmen, aber in dem Munde eines Mannes, mit dem ich so viele Jahre in einem freundschaftlichen Verhältnisse gestanden habe, erhalten sie für mich eine ganz andere Bedeutung, und ich sehe mich daher um so viel mehr aufgefordert, dergleichen Beschuldigungen entgegenzutreten, da sie indirect auch auf mich zielen. Einen „Verschworenen“ kann man nur den nen-

nen, der mit andern sich verbündet, um auf eine ungesetzliche Weise die rechtlich bestehende Ordnung umzustürzen, z. B. das Grundgesetz des Staates oder die durch dasselbe festgestellte Erbfolge, und ein „Aufrührer“ ist der, der sich, um dieses auszuführen, der physischen Gewalt bedient. Wollten z. B. die Dänen bei dem Tode des Kronprinzen einen andern Prinzen auf Dänemarks Thron setzen als den, der nach dem dänischen Grundgesetz ein Recht hat, diesen Thron zu besteigen, so würden sie „Aufrührer“ sein, und die Männer, von denen dies ausginge, würde man mit Fug und Recht „Verschworne“ nennen können, da sie sich in der Absicht vereinigt hätten, die rechtlich bestehende Erbfolge umzustößen. Von allen diesen revolutionären Absichten ist bei den Schleswig-Holsteinern nicht die Rede, im Gegentheil, man will das aufrecht erhalten, was in rechtlicher Beziehung schon Jahrhunderte bestanden hat, nämlich die Selbstständigkeit der Herzogthümer, des Volkes Rechte und die männliche Erbfolge in dem Fürstenstamme, der durch des Volkes eigene Wahl schon vor 400 Jahren zur Regierung gekommen ist. Mit andern Worten: die Schleswig-Holsteiner oder, richtiger gesagt, die Majorität der Einwohner in Schleswig und Holstein wollen ihre Rechte in Hinsicht auf ihre constitutionelle Verfassung nicht aufgeben, sie wollen ihres Landes Selbstständigkeit nicht aufgeben, sie wollen nicht untreu werden gegen ihre angestammten Fürsten und diese verjagen, um Provinzen des Königreichs Dänemark zu werden, um unter einen durch das dänische Grundgesetz bestimmten Absolutismus zu kommen, und um ein fremdes Fürstenhaus in der Dynastie jenes hessischen Prinzen zu bekommen. Wollte man nun auch die große Majorität der Einwohner der Herzogthümer, welche darnach strebt, diese Rechte aufrecht zu erhalten und den Herzogthümern den Besitz derselben zu sichern, „Aufrührer und Verschworne“ nennen, so sollten doch wenigstens diejenigen Dänen dieses nicht thun, die selbst nach einer constitutionellen Verfassung streben, oder welche den Wunsch hegen, daß das dänische Volk bei dem Tode des Kronprinzen einen einheimischen Prinzen zum König von Dänemark wählen möchte, anstatt des Sohnes jener fremden Hessen, insofern dieser letzte nach dem dänischen Grundgesetz der nächste Erbe zum dänischen Thron ist. Wie können Sie bei den Schleswig-Holsteinern tadeln, was Sie in Bezug auf die Dänen natürlich finden, nämlich daß ein Volk sich lieber regieren lassen will von einem eingebornen als von einem fremden Fürsten? Der Unterschied ist hier nur der, daß die Schleswig-Holsteiner Recht haben, sich von einem solchen regieren zu lassen, wogegen dies mit den Dänen nicht der Fall ist. Die Vorfahren der Schleswig-Holsteiner haben sich nur verpflichtet, sich von Christian des Ersten männlichen Nachkommen regieren zu lassen, die Vorfahren der Dänen haben sich dagegen verpflichtet, sich von Friedrich des Dritten männlichen und weiblichen Nachkommen regieren zu lassen. Das Volk in den Herzogthümern hat ein Recht auf eine selbstständige constitutionelle Verfassung nie aufgegeben, das Volk in Dänemark hat dagegen 1660 die Alleinherrschaft an Friedrich III. und seine Nachkommen übertragen.

„Daß man in Dänemark eine Trennung von den Herzogthümern

für ein Unglück für Dänemark ansieht, ist begreiflich, und keiner kann es den Dänen verdenken, daß sie dieser von ihnen so sehr gefürchteten Trennung vorzubauen suchen. Aber was man ihnen verdenken kann und muß, und was den strengsten Tadel verdient, das ist die Weise und die Mittel deren die Dänen sich bedienen, um die Verbindung zwischen Dänemark und den Herzogthümern zu sichern. Anstatt in den eigenen Bufen zu greifen und zuzugreifen, daß ihre Vorfahren im Jahre 1660 einen politischen Fehler begangen haben, dadurch daß sie den alten Königsstamm von der Erbfolge in Dänemark ausschlossen und eine weibliche Erbfolge in Dänemark einführten, wodurch der Keim zu einer möglichen Trennung von den Herzogthümern gelegt wurde, und anstatt sich zu bestreben eine Weise aufzufinden, durch die der zu jener Zeit begangene politische Fehler gutgemacht werden könnte, suchen die Dänen die Schuld auf die Einwohner der Herzogthümer zu wälzen, behandeln diese in der Presse und in ihren Ständerversammlungen als ihre ärgsten Feinde, als Aufrehrer und als ein Volk gegen welches Zwangsmittel angewandt werden dürften! Eine natürliche Folge hiervon ist, daß die Erbitterung in den Herzogthümern mehr und mehr zunimmt, daß der Wunsch einer Trennung von Dänemark dadurch genährt und verstärkt wird, und daß das Volk mehr und mehr den Blick nach Süden richtet, da es glaubt, daß im Norden keine Gerechtigkeit zu finden ist.

„Doch ich will schließen. Mein Brief ist beinahe zu einer ganzen Abhandlung geworden und ist schon so lang, daß ich beinahe fürchte, Sie werden desselben überdrüssig werden, ehe Sie ihn zu Ende lesen. Möglich, daß Ihnen vieles von dem, was ich gesagt habe, nicht gefallen wird, aber jedenfalls hoffe ich, daß Sie sich davon überzeugt haben, daß mein eifrigstes Bestreben dahin geht zu thun, was nach meiner Ansicht Recht und Pflicht gebieten und wovon ich glaube, daß ich es vor Gott und Menschen verantworten kann. Der Leitung des Allmächtigen überlasse ich das übrige, und er, ohne dessen Willen kein Sperling auf die Erde fällt, wird gewiß alles zum besten lenken.

„Leben Sie nun wohl, mit alter Freundschaft nenne ich mich Ihren dienstwilligen

Augustenburg, den 2. April 1845.

C. August S. z. S. Holstein.“

Das ist ein vollständiges Zeugniß für die Integrität des politischen Characters des Herzogs Christian August zu Schleswig-Holstein-Augustenburg. Bedarf es noch äußerlicher Beweismittel? Dieser „Chef der Aufrehrer“ wußte so wenig von der Errichtung der provisorischen Regierung am 24. März v. J. in Kiel, daß die herzogliche Familie nur wenig Stunden voraus hatte vor der Ankunft der Dänen auf Alsen. Silberzeug, Werthsachen, alles blieb im Schlosse Augustenburg und ward die Beute der Dänen. Es ist zuverlässig, wenn es gleich nicht wahrscheinlich klingt, daß der Herzog vor dem Zuge des Bruders nach Rendsburg nichts von dem Unternehmen wußte. Der Prinz Friedrich von Schleswig-Holstein-Augustenburg ist ein Hotspur, eben dadurch hat er die entscheidende That gethan.

Die dänischen Gesandten haben das Ohr der regierenden Fürsten. Der Herzog von Augustenburg ist an den höchsten Orten vorgestellt worden als das ehrgeizige Haupt einer Insurrection, als ein Egoist, der Freude finde am Blutvergießen, wenn es zur Förderung seiner hochfliegenden Plane diene. Aber gerade das Gegentheil ist wahr. Der Herzog will unbeugsam sein Recht. Er darf nicht weniger wollen. *Frangor, non flector.* Aber er hat immer die Vertheidigung seines Rechts durch intelligente Kräfte und nur durch solche gewollt. Der Herzog ist so wenig Urheber als Freund des Kriegs. *Le vrai quelquefois n'est pas vraisemblable.* — für die, welche in der Ferne stehen. Hier im Lande kann jeder sehen, daß niemand mehr durch den Krieg verloren hat, als der Herzog. Was hat er dagegen gewonnen? Bis jetzt fast nur Verzäumdung. Es scheint die Pflicht derjenigen ehelichen Männer, welchen die Möglichkeit gegeben ist, den Inhalt des mitgetheilten Documents in die höchsten Regionen gelangen zu lassen.

Wenn die Souveraine die legitimen Erbrechte des Herzogs von Schleswig-Holstein-Augustenburg schützen, so schützen sie zugleich ihre eigenen Rechte. Sollten — wider alles Erwarten — jene Rechte nicht geschützt werden, so würde von oben her eine Breche gemacht in der Schutzwehr der Throne. Und es ist wahrlich schon genug von unten her daran gearbeitet. Alle Regierenden scheinen solidarisch interessiert zu sein für die Verwirklichung der Erbrechte des gerechten Herzogs Christian August.

Mögen viele Mitglieder des englischen Parlaments den Brief des Herzogs von Schleswig-Holstein-Augustenburg lesen und nach Ueberzeugung die Rechte desselben vertheidigen. Er ist der Großneffe des ehrlichen alten Königs Georg III.